

Pressemitteilung



München/Nürnberg, 23.09.08
PM 094-08/LFGS
Gentechnik

CSU muss bei der Gentechnik Farbe bekennen

Bund Naturschutz (BN) fordert den Ministerpräsident Beckstein auf, den Beitritt des Freistaates Bayern zum seit 2003 bestehenden Netzwerk gentechnikfreier Regionen zu vollziehen

In einem offenen Brief hat der BN Landesvorsitzende, Hubert Weiger, den bayerischen Ministerpräsidenten aufgefordert, im Interesse der bayerischen Verbraucher, Landwirte und Imker endlich klare Entscheidungen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion zu treffen.

Der BN fordert, dass Bayern einen Antrag auf Aufnahme in das Europäische Netzwerk Gentechnikfreier Regionen stellt, das seit 2003 besteht.

http://www.gmofree-euregions.net:8080/servlet/ae5Ogm?&cms=null&id_cms_doc=42

Da inzwischen 80% der bayerischen Bevölkerung die Agrogentechnik ablehnt, ist diese Entscheidung überfällig.

Außerdem forderte der BN in einem Brief die bayerischen Bundestagsabgeordneten der CSU auf, dem am 25.09.2008 im Bundestag zur Entscheidung vorliegenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu Fragen der Agrogentechnik zuzustimmen. In diesem Antrag wird die Position der bayerischen Staatsregierung konkretisiert.

„Mit ihrem Abstimmungsverhalten machen die CSU Abgeordneten deutlich, ob sie das Thema Agrogentechnik nur als Wahlkampfthema sehen, oder ihren Worten wirklich Taten folgen lassen wollen“, so Weiger.

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen baut auf Feststellungen und Forderungen von CSU-Politikern auf. Die Bundesregierung wird aufgefordert (siehe Anlage):

- auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass Regionen in EU-Ländern über den GVO-Anbau selbst entscheiden und mit bindenden Entschlüssen den kommerziellen Anbau ablehnen können
- sich auf EU-Ebene für ein Moratorium für die weitere Anbauzulassung von GVO einzusetzen, solange das EU-Zulassungsverfahren bzgl. der Risikoforschung und –bewertung nicht verbessert und die rechtliche Absicherung gentechnikfreier Regionen nicht gewährleistet ist
- gentechnikfreie Regionen strukturell und finanziell zu unterstützen

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

„Die bayerische Bevölkerung hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie ernst es der CSU mit ihren Aussagen zur Agrogentechnik wirklich ist“, so Weiger weiter.

„Noch in der letzten Woche haben es CSU und CDU Fraktion abgelehnt, gemeinsam mit der SPD einen seit drei Monaten vorliegenden Antrag der SPD in den Deutschen Bundestag einzubringen. In diesem Antrag wäre es um die Inhalte einer deutschen Initiative für ein neues europäisches Gentechnikrecht gegangen. Das macht uns besonders kritisch.“, so Weiger abschließend.

In dem geplanten Antrag sollte es um eine Richtungsentscheidung gehen, um u.a. verbindlich gentechnikfreie Regionen zu ermöglichen, die verbindliche Kennzeichnung tierischer Lebensmittel von mit Gentechnik gefütterten Tieren und das Reinheitsgebot bei Saatgut. Laut Koalitionsvertrag darf aber ein Koalitionspartner nicht alleine einen Antrag im Bundestag stellen.

Für Presserückfragen:

Marion Ruppaner,
BN Agrarreferentin,
Tel. 0911 8187 8 – 20
marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

Anlage:

Wortlaut des geplanten Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/

02.09.2008

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Nicole Maisch, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Sylvia Kotting-Uhl und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gentechnikfreie Regionen stärken – Bundesregierung soll Forderungen aus Bayern aufnehmen und weiter entwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wie von führenden CSU-Politikern zutreffend festgestellt, gibt es derzeit für Landwirte und Verbraucher keinen Nutzen durch Agrogentechnik. Darüber hinaus lehnen Verbraucher mehrheitlich gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Schon deshalb verzichten Landwirte auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen. Denn wer baut an, was niemand kaufen will? Zumal die aktuell verfügbaren gentechnisch veränderten Maissorten für die Landwirtschaft langfristig weder pflanzenbauliche noch ökonomische Vorteile haben.

Es gibt zu viele offene Fragen und kaum abschätzbare Risiken durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen für Landwirtschaft und für die Natur. Trotzdem dürfen nach gegenwärtiger Rechtslage weder der Bund noch einzelne Bundesländer den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen, die den Anforderungen der EU-Freisetzungsrichtlinie entsprechen, verbieten. Darum muss auf EU-Ebene dafür gesorgt werden, dass die Mitgliedstaaten mehr Kompetenzen hinsichtlich der Regelungen zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bekommen, so dass die gentechnikfreie Landwirtschaft und wertvolle Naturräume besser geschützt werden können.

II. Übereinstimmend mit den Forderungen aus der CSU fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass zukünftig Regionen in anderen europäischen Mitgliedsstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen für den gewerblichen Anbau oder die Forschung selbst entscheiden können, so dass unter anderem Gebietskörperschaften, zum Beispiel Landkreise, die rechtliche Möglichkeit bekommen, mit bindenden Beschlüssen den kommerziellen Anbau abzulehnen, sich auf europäischer Ebene für ein Moratorium für die weitere Anbauzulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen einzusetzen, solange das EU-Zulassungsverfahren hinsichtlich der Risikoforschung und -bewertung nicht verbessert und die rechtliche Absicherung gentechnikfreier Regionen nicht gewährleistet ist,

gentechnikfreie Regionen mit strukturellen und finanziellen Mitteln zu unterstützen.

Berlin, den 2. September 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung:

Die oben genannten Feststellungen und Forderungen stammen sinngemäß von CSU-Politikern wie Horst Seehofer, Markus Söder, Marcel Huber oder Josef Miller sowie aus einem Antrag der CSU, der am 24.6.2008 in den bayerischen Landtag eingebracht wurde. Die Bundesregierung sollte nun diese Vorstöße der CSU zur Stärkung der gentechnikfreien Regionen auch auf Bundesebene umsetzen.

Wichtig ist im Bereich der Agro-Gentechnik nicht nur eine Stärkung der gentechnikfreien Regionen, sondern auch, dass zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, der Imker und der Umwelt der Anbau des umstrittenen gentechnisch veränderten Mais MON810 verboten wird. Dieses Verbot liegt – anders als eine Änderung der EU-Vorschriften zur Stärkung der gentechnikfreien Regionen – direkt in der Kompetenz und den Möglichkeiten der Bundesregierung. Mit einem Anbauverbot von MON810-Mais – wie er von Bündnis90/Die Grünen bereits im Frühjahr in dem Bundestags-Antrag 16/7835 gefordert wurde und der mit den Stimmen auch der CSU-Abgeordneten abgelehnt wurde - könnte den Landwirten in den gentechnikfreien Regionen direkt und sofort geholfen werden.

Mon810 wurde vor über 10 Jahren von der EU mit Zustimmung des damaligen Bundesgesundheitsministers Horst Seehofer zugelassen. Angebaut wurde er in Deutschland nicht, weil ihm die Sortenzulassung fehlte. Renate Künast hat als Bundesverbraucherministerin dafür gesorgt, dass MON810 nicht in den freien Verkauf gelangte. Nachdem Horst Seehofer neuer Verbraucherminister geworden war, hat er quasi als erste Amtshandlung für die bundesweite Zulassung von MON810-Sorten gesorgt. Diesen Fehler gilt es nun zu revidieren.